WP-6-100-2 Kapitel 6: Berlin funktioniert zuverlässig

Antragsteller*in: Jonas Graeber (KV Berlin-Kreisfrei)

Änderungsantrag zu WP-6

Von Zeile 99 bis 101 einfügen:
(Staatstrojanern), die Ausweitung von Videoüberwachung oder biometrischer Gesichtserkennung lehnen wir daher ab. Das bewusste Offenhalten von Sicherheitslücken ist gerade in Zeiten wachsender hybrider Bedrohungen das Gegenteil von sicherheitspolitischer Vernunft. Maßnahmen wie Videoüberwachung und biometrische Gesichtserkennung sollen Sicherheit suggerieren, sorgen aber real nicht für mehr Sicherheit. Derartige Symbolpolitik lehnen wir ab. Die Vorratsdatenspeicherung ist zurecht mehrfach vor obersten Gerichten gescheitert. Sollte die Bundesregierung diese erneut einbringen, werden wir ihr im Bundesrat eine klare Absage erteilen. Eine Auswertung polizeilicher Daten mit Hilfe von Palantir-Software oder ähnlicher privater, nicht-europäischer Software weisen wir zurück, da sie mit digitaler

Begründung

Die Ablehnung von Vorratsdatenspeicherung, Online-Durchsuchung und co. ist fachlich richtig, wird bislang jedoch nicht ausreichend begründet. Insbesondere Menschen, die nicht in den fachlichen Diskussionen zum Thema involviert sind, geben wir so Orientierung. Gleichzeitig werden hiermit wesentliche Grundprinzipien grüner Innenpolitik betont: Die Ablehnung des Offenhaltens von Sicherheitslücken, die Ablehnung von Symbolpolitik ohne Mehrwert für die Sicherheit sowie die Achtung von (höchst-)richterlicher Rechtsprechung.

Unterstützer*innen

Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg); Ina Ravens (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Christina Markfort (KV Berlin-Mitte); Mario-Konstantin Pless (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)